

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Wahlen - Währungsschlange -
Frankreich - USA - Banken**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Wahlen - Währungsschlange - Frankreich - USA - Banken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 5, pp. 223-224

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134812>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wahlen

Ausschließlich Sieger?

Zwei Landtagswahlen stehen noch aus bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahre – in Bremen und Baden-Württemberg. Bundespolitisch ist aus ihnen jedoch die Luft raus. Im Gegensatz zu den Wahlen seit dem Frühjahr 1974, bei denen mit Ausnahme Hamburgs und Bayerns um Veränderungen der Stimmenverhältnisse im Bundesrat gekämpft wurde, dürften nur unermüdliche Optimisten der jeweiligen Parteigruppierungen auf grundlegende Änderungen in jenen Ländern hoffen.

Die Koalition in Bonn scheint also gefestigt im Sattel zu sitzen, und Bundeskanzler Schmidt verspricht sich tatsächlich eine Entlastung bei der Regierungsarbeit im letzten Jahr dieser Legislaturperiode. Die Frage ist nur, ob die Wahlergebnisse von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland nicht die Koalition stärker belasten werden als vorher, da sie nun vor dem Dilemma steht, wirklich die Reformpolitik betreiben zu müssen, die bislang mit dem Alibi der CDU-Mehrheit im Bundesrat in den Schubladen ruhte. Die Belastung kommt nicht nur von seiten der angespannten Haushaltsslage, sondern auch und gerade von den unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der Koalition – sei es über die Mitbestimmung, die Berufsausbildung, die Bodenreform u. a. m. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die gewonnenen Wahlen von heute die Koalition zu den Verlierern von morgen machen können.

Ein Verlierer dieser Wahlen seit einem Jahr steht jedoch schon heute fest – der Föderalismus. Wenn Landeswahlkämpfe vorrangig mit dem Blick auf den Bundesrat geführt werden, nicht um Landespolitik, sondern um Bundespartei politik durchsetzen zu können, dann führen sich die Landespolitiker selbst ad absurdum. Das sogenannte Patt in Saarbrücken bildet nur den Kulminationspunkt dieser Entwicklung. Das taktische Spiel mit geschäftsführenden Regierungen und die mögliche Hinnahme einer Paralisierung des Landesparlamentes geht letztlich zu Lasten der Wähler und Bürger dieses Landes. ogm

Währungsschlange

Die Schweiz bleibt draußen

Die „Mini-Schlange“, dieses Relikt aus dem gescheiterten Anlauf der EG zur Wirtschafts- und Währungsunion, erfreut sich neuerdings wieder

wachsender Beliebtheit. Österreich und die Schweiz bemühten sich um eine Aufnahme in den Währungsverbund, und selbst Frankreich scheint an einer Rückkehr in die Schlange interessiert. Demgegenüber haben es die bisherigen Teilnehmer an diesem Interventionssystem nicht sonderlich eilig, ihren Kreis zu erweitern. So wurden z. B. die Gespräche mit der Schweiz inzwischen ohne Ergebnis abgebrochen.

Die Ursache für das Scheitern der Verhandlungen ist in dem Kapitalverkehr der Schweiz mit dem Ausland zu suchen, der den Franken in der letzten Zeit unter einen permanenten Aufwertungsdruck setzte. Um die eigene Exportwirtschaft und den Tourismus vor größeren Rückschlägen zu bewahren, versuchte die Schweiz durch umfangreiche Kapitalverkehrskontrollen und Interventionen am Devisenmarkt den Franken auf dem Kursniveau der Währungsschlange zu halten. Mit der Aufnahme in den Währungsverbund sollten die übrigen Mitglieder offenbar einen Teil der Interventionslast übernehmen. Die damit verbundene Höherbewertung der Schlange insgesamt war für diese aber nicht akzeptabel. Deshalb verlangten sie von der Schweiz vor der Aufnahme in die Schlange eine kräftige Aufwertung des Franken; gerade die sollte ja aber durch den Beitritt vermieden werden.

In dieser Situation war der Abbruch der Gespräche unvermeidlich. Die Schlange wurde damit vor einer schweren Belastung bewahrt. Diese Entwicklung ist begrüßenswert, denn das Festkursssystem hat sich trotz aller Vorteile des Floating zumindest in seinem bisherigen Rahmen bewährt. Seine erneute Erweiterung sollte deshalb in keinem Fall überstürzt werden. kb

Frankreich

Rückkehr zum Expansionskurs

Der Übergang zu einer scharfen Antiinflationpolitik im Frühsommer des vergangenen Jahres war Frankreich offenbar recht schwergefallen, bedeutete er doch einen vorübergehenden Abschied von den ehrgeizigen Bemühungen um einen Industrialisierungsstand wie in der Bundesrepublik. Der rasche, kräftige Abschwung, der sich innerhalb weniger Monate vollzog und mit einer umfangreichen Freisetzung von Arbeitskräften verbunden war, macht jetzt ein relativ schnelles Umschalten auf einen wieder expansiven Kurs erforderlich. Dies wird dadurch erleichtert, daß sich die Stabilisierungstendenz bei den Preisen und die Rückbildung des Defizits in der Handelsbilanz inzwischen als nachhaltig erwiesen haben.

Bei der nun erforderlichen Ankurbelung verfolgt die französische Regierung konsequenter als die wirtschaftspolitischen Instanzen in fast allen anderen westlichen Industrieländern zugleich mittelfristige Aspekte. Sie hat nicht nur die Rückkehr zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad im Auge, sondern versucht – anknüpfend an die ehrgeizigen Entwicklungspläne – gleichzeitig den „Wachstumspfad“ wieder anzuheben. Daher stehen Maßnahmen zur Investitionsförderung im Mittelpunkt der Expansionsbemühungen. Insbesondere Ausrüstungsinvestitionen sollen mit Hilfe von zusätzlichen Mitteln für öffentliche Unternehmen, Zinssubventionen und Mehrwertsteuervergünstigungen für die Bestellung zusätzlichen Ausrüstungsmaterials angeregt werden. Um die gewünschten konjunkturellen Effekte kurzfristig zu erzielen, sind die Maßnahmen befristet. Die ausgelösten Kapazitätserweiterungen werden gleichwohl nicht so groß sein, daß deshalb künftig erheblich umfangreichere Ansprüche an das Sozialprodukt gestellt werden können, ohne in absehbarer Zeit wieder zu Engpässen, Preissteigerungen und steigenden Defiziten in der Leistungsbilanz zu führen. wt

USA

Neue Importüberschüsse

Die amerikanische Handelsbilanz – in den vergangenen Jahren meistens mit Defiziten belastet – zeigt derzeit eine relativ günstige Entwicklung. Für März dieses Jahres wies sie einen Überschuß von 1,38 Mrd. \$ aus. Die Importe lagen mit 7,335 Mrd. \$ um 6,8 % unter dem Vormonatswert und blieben sogar um 24 % hinter dem Januarergebnis zurück. Dagegen verringerten sich die Exporte gegenüber Januar nur um 7,4 % auf 8,716 Mrd. \$ und hielten sich damit nahezu auf dem Vormonatsniveau.

Dieses günstige Ergebnis kann jedoch noch nicht als Indiz für eine nachhaltige Konsolidierung der amerikanischen Handelsbilanz angesehen werden. Abgesehen von zunehmenden Agrarexporten und leichten Absatzgewinnen bei Maschinen ist der Überschuß doch in erster Linie auf den Rückgang der Ölimporte als Folge der Konjunkturlaute sowie der im Februar vorgenommenen Erhöhung des Zolls auf Öleinfuhren zurückzuführen. Wurden noch im Januar 285 Mill. Barrel Rohöl und Mineralölprodukte im Werte von 3,31 Mrd. \$ eingeführt, so nahmen die Ölimporte im März um mehr als die Hälfte auf 119 Mill. Barrel oder 1,37 Mrd. \$ ab.

Bei einer erneuten konjunkturellen Belegung – und die Zahl der Prognosen, die spätestens bis

Ende dieses Jahres einen wirtschaftlichen Aufschwung in den USA erwarten, nimmt laufend zu – ist damit zu rechnen, daß die Ölimporte wieder kräftig ansteigen werden. Die abgeschwächte Nachfrage nach Automobilen und anderen langlebigen Konsumgütern wird – vor allem angesichts der nun anlaufenden steuerlichen Entlastung der privaten Haushalte – mit einer Konjunkturbelebung ebenfalls zunehmen, so daß neue Importüberschüsse nicht auszuschließen sind. Selbst die zu erwartende Zunahme der Exporte in die OPEC-Länder dürfte eine Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz kaum verhindern. su

Banken

Drang nach Osten?

Budapest ist nach Moskau, Warschau und Bukarest seit kurzem die vierte Hauptstadt eines RGW-Staates mit Präsenz einer westlichen Bank. Jetzt haben die Franzosen um die Genehmigung zur Eröffnung von Vertretungen bei der DDR-Regierung nachgesucht. Sind hiermit Signale für Banken westlicher Industrieländer gesetzt, ihre Stützpunkte überall in Osteuropa in Zukunft schnellstmöglich auszubauen?

Vorbehalte erscheinen angebracht. Denn mit Ausnahme Rumäniens, wo der 1974 gegründeten Filiale einer US-Bank die volle Geschäftstätigkeit außer für Transaktionen in rumänischer Währung bewilligt worden ist, sind die Aktivitäten westlicher Banken im RGW stark eingengt. Die Repräsentanzen sind auf die Funktion von Kontaktstellen beschränkt und dürfen keine eigene Geschäftstätigkeit ausüben. Da sie also nur reine, weitgehend unentgeltliche Servicefunktionen übernehmen können und somit dem nicht unerheblichen Aufwand kein unmittelbar zurechenbarer Ertrag gegenübersteht, sind einer schlagartigen Ausweitung der westlichen Bankenvertretungen im RGW durchaus Grenzen gesetzt.

Nun wird dieser „Dienst am Kunden“ zwar letztlich nicht ohne kommerziellen Ausgleich bleiben. So kann es sich zum einen schon allein zur Abwicklung von Großgeschäften und zur Beratung der Bankzentrale empfehlen, vor Ort präsent zu sein, und zum anderen vermögen Außenstellen westlicher Banken auf längere Sicht Akquisitionsfunktionen wahrzunehmen. Gegen eine allzu starke Vergrößerung der Repräsentanzen spricht aber, daß ihre Akkreditierung limitiert ist. Zudem finden sehr viele Verkaufsverhandlungen – vornehmlich mit den Organen kleinerer RGW-Staaten – im Westen statt, so daß sich keine spürbare Notwendigkeit einer Repräsentanz auftut. pl